

Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD Heinz Kaumanns anlässlich der Verabschiedung des Haushalts 2017 am 16.02.2017

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Der Haushalt 2017 in Hürtgenwald: Mehr als nur ein Zahlenwerk

Sehr geehrter Herr BM,
sehr geehrte RV
sehr geehrte Mitarbeiter der Verwaltung
sehr geehrte Zuhörer
sehr geehrte Pressevertreter

Erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf die Beratungen zum **Haushalt 2016**.

Unsere Gemeinde befand sich in einer verzweiferten Lage. Es drohte die Nichtgenehmigung des Haushalts durch den Kreis. Liebgewonnene Standards standen auf dem Prüfstand. Die Bürger rebellierten. Einige, die es immer schon besser wussten, scheuten nicht davor zurück, BM und Rat zu verunglimpfen und zu beleidigen. Die Begleitmusik zur Ratssitzung vom 17.03.2016 aus Teilen der Zuhörerschaft klingt mir noch heute in den Ohren. Bei der denkwürdigen Sitzung vom 29.09.2016 war ich verhindert. **Dazu später mehr.**

Weil die Lage derart prekär war, nahm die CDU Abschied von der Füllhornpolitik vergangener Jahrzehnte, die nach Möglichkeit jedem Dorf seine Begegnungsstätte und vieles mehr einbrachte (Motto: Wahlgeschenke für die Klientele, die vorzugsweise in den Vereinen als Multiplikatoren verortet sind, erhalten die Freundschaft und sichern die Wiederwahl). Dem Bürgermeister wurde allerdings allmählich klar, dass der Ruf eines Schuldenbürgermeisters sich nicht gut als Nachruf eignet.

Die Aufgaben bestanden demnach darin, zunächst die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts sicherzustellen, sodann eine Ausgabenbegrenzung in Gang zu setzen mit dem Ziel den weiteren Eigenkapitalverzehr zu stoppen und schließlich auf mittlere Sicht die Konsolidierung durch Tilgung der unverhältnismäßig hohen Kassenkredite (Stand heute ca. 23 Mill. €).

So fand sich erstmals im sog. **Haushaltsworkshop** ein Personenkreis zusammen, der die Dinge endlich anpackte, die schon längst hatten getan werden müssen. Dass Ergebnisse erzielt werden konnten, lag sicherlich auch daran, dass die Mitwirkenden es miteinander konnten und die Parteipolitik außen vorließen.

Aber wie sollten diese Ziele perspektivisch erreicht werden? Für die SPD war und ist insbesondere ein Punkt auch 2017 nicht verhandelbar:

Wenn wir schon unvermeidlich die Gebühren erhöhen müssen, dann nur, wenn auf der Ausgabenseite nennenswerte Einsparungen erreicht werden! Diesem Grundsatz fühlt sich die SPD weiterhin verpflichtet und hat deshalb einer einseitigen Erhöhung der Grundsteuer B auf 950 v.H., wie zunächst vereinbart, **ohne** Einsparungen auf der Ausgabenseite nicht zugestimmt. Der Gleichklang wurde dann im Workshop 2017 wiederhergestellt und es konnte auf eine Erhöhung auf 950 vH. verzichtet werden. Nun stehen 926 vH. auf dem Papier. Ich darf in Erinnerung rufen, dass 1 Punkt in der Grundsteuer B einem Betrag von ca. 3000,00€ entspricht. Dies macht bei den Bürgern eine „Ersparnis“ von ca. 73000,00€ aus. Die Sache hat jedoch einen Haken: Kollege Bergsch wies richtigerweise darauf hin, dass die angestrebte Konsolidierung sich damit wieder ein Stück weiter nach hinten verschiebt. Es erscheint fraglich, ob das angestrebte Zeitfenster hierfür (ab 2018) eingehalten werden kann.

Hier bin ich dann bei der Bürgerschaft angelangt:

Es regte sich gewaltiger Widerstand gegen die exorbitanten Steuererhöhungen, die sich binnen 2 Jahren verdoppeln sollten. Auch meine Person und ich denke, wir alle, die wir hier ehrenamtlich tätig sind, mussten Einiges über uns ergehen lassen.

Als dann auch noch die zusätzlichen Maßnahmen wie beispielsweise die Schließung des Lehrschwimmbeckens in Vossenack, die Schließung der Grundschule in Bergstein oder erste Szenarien einer angedachten Zusammenlegung bei der Freiwilligen Feuerwehr publik wurden, kochte vor allem die unmittelbar betroffene Volkseele über.

Im Rahmen von vielen Einzelgesprächen, die ich führen durfte, konnte ich Ursachen und Wirkungen verständlich machen und bei vielen Mitmenschen, die weiterhin mit der Situation unzufrieden waren, gleichwohl auf Verständnis für die getroffenen Maßnahmen treffen. Soweit so gut!

Die Auswirkungen in der Politik:

Die „Grünen“ verabschiedeten sich unerwartet aus dem Workshop und machten stattdessen wieder „Gutmenschenpolitik“ nach Art der Peter, Künast und Rammel um nur beispielhaft einige zu nennen. Ich halte diese Haltung für geradezu fahrlässig für das Gemeinwesen vor Ort.

Auch in meiner Partei war / ist die Lage nicht einfach. Warum sollten die Sozialdemokraten für die Sünden anderer einstehen? Gleichwohl erteilte die Fraktion sowohl mir als auch meinem Kollegen Pagano weiterhin das Mandat im Workshop, für eine bessere Zukunft zu streiten; denn: Opposition kann nach unserem Verständnis nicht in der bloßen Kritik bestehen. Wir müssen auch Lösungswege aufzeigen! Das heißt wiederum nicht, dass alle die schmerzlichen Ergebnisse gutheißen müssen. Diese Haltung wird sich auch in der anstehenden Abstimmung wiederfinden.

Daher möchte ich Euch gerade hier und jetzt für das kritische und konstruktive Miteinander in meinem 1 Jahr als Fraktionsvorsitzender danken. Ich denke, dass diese „ehrliche“ Ringen unterm Strich Positives für unsere Gemeinde bewirkt hat.

Und wie stellt sich die Situation am Anfang des Jahres 2017 dar?

Die Gemeinde ist im Wesentlichen dabei, die auch durch die CDU- Mehrheit verursachten Fehlentwicklungen umzukehren (Wer regiert, macht bekanntlich Fehler), fällt jedoch gelegentlich wieder in alte, schon vergessen geglaubte, Zeiten zurück:

Beispiele:

Neuaufstellung Brandschutzbedarfsplan:

Teile der CDU erhofften sich offensichtlich eine freundliche Berücksichtigung bei den Angehörigen der Feuerwehr und stimmten in der Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 27.10.2016 einer Vergabe an den Anbieter der 20 Tsd. € verlangte zu, anstatt einem gleichermaßen seriösen Mitanbieter, der nur 10 Tsd. € verlangte, den Vorzug zu geben. Kollege Hieke, dies muss sich ändern!

Wir können nicht dermaßen leichtfertig 10.000,00€ verbrennen, indem wir diese bildlich gesprochen, aus dem Fenster werfen. Es zu begrüßen, dass Teile in der CDU und eine Mehrheit diesen Unsinn nicht mitmachten.

Die Randbemerkung des stellvertretenden Wehrleiters, dass die Feuerwehr mit dem Ergebnis mehr als zufrieden sei, weil die Neuaufstellung des Brandschutzbedarfsplans, wie gewünscht, durch einen Dritten und nicht durch die hiermit überforderte Feuerwehr erfolgen wird, kommt einer schallenden Ohrfeige gleich. Diese Art von Opportunismus macht nachdenklich und ist unserem gemeinsamen Ansinnen, die Finanzen unserer Gemeinde zu konsolidieren, abträglich.

Ein weiteres Ärgernis:

Die Vertragsverlängerung mit der **St. Angela** Schule um weitere 2 Jahre:

Auch wenn der Betrag nur 1.550.00€ ausmacht, ist diese rein freiwillige Ausgabe nicht zu befürworten. Die Kinder in unserer Gemeinde verfügen über eine mehr als gute Infrastruktur sowohl in als auch außerhalb der Gemeinde, als dass diese Ausgabe unabdingbar notwendig wäre. Und gleichzeitig schließen wir den Standort Bergstein!

Die SPD fordert weiterhin eine konsequente Einsparpolitik: Alles das, was nicht der Daseinsvorsorge dient, steht zur Disposition. Wir werden auch in den nächsten Jahren auf der Ausgabenseite weitere Kürzungen vornehmen müssen, wollen wir wieder handlungsfähig werden.

Sie, meine Dame und die Herren der Mehrheitsfraktion einschließlich Bürgermeister, tragen hierbei die Last der Hauptverantwortung. Nehmen Sie diese auch wahr: Diese ist eine Frage von Haltung und Anstand. Wir, dass darf ich Ihnen versichern, werden Sie hierbei konstruktiv, jedoch weiterhin sehr kritisch begleiten.

Absehbar werden die Rahmenbedingungen, in denen wir uns bewegen, nicht besser. Also werden wir weiter mit Umsicht und Bedacht sparen müssen.

Denkanstöße:

Der Zuschuss für das gemeindliche **Freibad** muss mittelfristig (weiter) verringert werden. Wir verkennen dabei nicht, was bürgerschaftlicher Einsatz und Tatkraft in den letzten Jahren geleistet haben. Andererseits ist allein der Zuschussbedarf von ca. 55 Tsd.€ vor dem Hintergrund dessen, was wir uns noch leisten können, nur noch schwerlich zu verantworten.

Was ich zuvor zum Zuschuss für die St. Angela Schule gesagt habe, muss letztlich auch für das **Franziskusgymnasium** gelten. Es steht außer Frage, dass uns das Gymnasium lieb und teuer ist. Wir erwarten gleichwohl auch Zugeständnisse von unseren Vertragspartnern. Dies gilt im Guten wie im Schlechten.

Auch die **Tourismusförderung** gehört auf den Prüfstand. Uns ist bewusst, dass der Tourismus der Wirtschaftsfaktor schlechthin in der Gemeinde ist. Das Hinterfragen von Leistung und Gegenleistung ist jedoch ein stetiger Prozess und darf niemanden ausnehmen. Die gilt für alle Ausgaben schlechthin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben wiederum schmerzliche Entscheidungen getroffen, mit dem Ziel Ausgaben und Einnahmen ein Stück weit mehr in Übereinstimmung zu bringen. Ich erinnere an die Schließung des Lehrschwimmbeckens in Vossenack. Ich denke, diese Maßnahme war geboten, sachgerecht und vertretbar.

Ein weiterer Beschluss, welcher sich noch in der Umsetzung befindet, ist die Schließung des Grundschulteilstandorts in **Bergstein**. Die SPD steht weiterhin zum mehrheitlich verabschiedeten Konzept, den Standort zu schließen. Damit einher geht eine Stärkung des Standorts in Vossenack, nicht zuletzt in pädagogischer Hinsicht. Dies hat die Schulaufsicht schlüssig und nachvollziehbar begründet. Wir sind uns der Folgen für Bergstein bewusst. Wer schickt schon gerne Grundschüler auf Reisen? Es liegt auf der Hand, dass liebgewonnene Dinge, wie mehrere Grundschulstandorte, letztlich auch ein Luxus sind, wenn die Dinge so liegen, wie sie sind: Unsere landschaftlich reizvolle Flächengemeinde verfügt nun einmal über eine nur eingeschränkte Finanzkraft. Auch nach einer Schließung halten wir weiterhin eine

schulische Infrastruktur vor, über die vergleichbare Gemeinden kaum verfügen. Mir fallen in meiner doch schon recht langen Zugehörigkeit zum Rat der Gemeinde Hürtgenwald nur wenige Themen ein, die derart umfassend und so intensiv beraten wurden. Es wurde externer Sachverstand eingeholt, die Schulaufsicht und nicht zuletzt die Bürgerinnen und Bürger wurden und werden einbezogen. Nach sorgfältiger Abwägung wurde, so denke ich, sachgerecht entschieden, nicht zuletzt auch Sinne der betroffenen Kinder und Lehrkräfte.

Das letzte Wort ist noch nicht gefallen: Ein **Bürgerbegehren** ist anhängig und wird nach den mir vorliegenden Informationen auch erfolgreich sein. Die Folge wird ein Bürgerentscheid sein, wenn der Rat an seiner EntschlieÙung festhält.

Hierzu eine Anmerkung:

Auch ein mit breiter Mehrheit getragener Ratsbeschluss beeindruckt unterlegene Initiativen nicht (mehr).

Sie wollen weitermachen. Und dies ist auch ihr gutes Recht.

Das Ergebnis des Bürgerbegehrens erscheint eindeutig. Weit mehr als die erforderlichen Stimmen wurden beigebracht. Ich frage mich dennoch, wie kann dies sein? Geht es noch um die Sache selbst?

Oder nicht auch um die Frage, ob man es uns hier im Rat einmal zeigen will! Wenn dem so ist, müssen wir noch transparenter werden, als dies schon der Fall ist. Und, es gilt klar zu stellen, dass der Rat nicht gegen die Bürger in ihrer Gesamtheit arbeitet. Wir dürfen nicht denjenigen das Feld überlassen, die aus der persönlichen Betroffenheit heraus gegen alles sind, was sie persönlich und individuell beeinträchtigt. Seien es nun Windräder, (Neu)Baugebiete, der Neu- und Ausbau von Straßen, eine Schulschließung, ja die Anpflanzung eines Strauches in „meiner“ Straße. Die vielfach und immer mehr Raum greifende persönliche Betroffenheitskultur steht vielfach im Spannungsfeld mit dem Allgemeinwohl, welchem wir vordringlich verpflichtet sind. Ich appelliere daher an die BI auch dies bei ihrem weiteren Vorgehen zu bedenken.

Bisweilen bremst uns das Festhalten an Althergebrachtem und Liebgewonnenem, die Konkurrenz unter den Ortsteilen, das Kirchtumdenken und der dies alles umfassende Grundsatz: Früher war alles besser! Wir müssen uns jedoch mehr und mehr die Frage stellen: Was müssen wir verändern um Substantielles zu bewahren, damit die Gemeinde lebendig bleibt. Und dazu ist es erforderlich, sich immer in Frage zu stellen und immer wieder zu erneuern. Will unsere Gemeinde zukunftsfähig bleiben, dann darf sie nicht am Ist – Zustand festhalten.

Zum Rat:

Er verzichtet auf Verbesserungen, welche das Land ab dem 01.01.2017 in der EntschädigungsVO beschlossen hat. Macht einen Betrag von 12 – 15 Tsd. € aus.

Die Anträge der SPD – Fraktion zum Haushalt 2017 Hierbei geht es vordringlich um eine Haltung und erst in zweiter Linie um die Zahlen:

1.

Die SPD hat beantragt, den Zuschussbedarf für das Museum in Höhe von **2149,00€** zu streichen. Weshalb? Wir wollen, dass die Gemeinde ein im In- und Ausland beachteter historischer Landschaftsraum wird. Hierzu sollten die „Erinnerungslandschaft Hürtgenwald“ und das „Moratorium“ neue Impulse geben. Dieser Versuch ist vor Ort, soweit es das Museum betrifft, jedenfalls derzeit als gescheitert anzusehen.

Die ehrenamtlichen „Historiker“ des Geschichtsvereins, die fortwährend die Objektivität des dort Dargestellten für sich reklamieren, sind nicht an einer den wissenschaftlichen Standards entsprechenden Aktualisierung interessiert.

Stattdessen wittern sie Verrat, wo doch der Dialog wesentliches Kriterium des demokratischen Miteinanders ist. Man verbietet sich ein Einmischen in innere Angelegenheiten. Der umstrittene Koordinator des Moratoriums wird, wie andere vor ihm auch, als unerwünschte Person geächtet. Hatte er überhaupt eine faire Chance?

Diese Frage stellt sich deshalb, weil mir als dem Vorsitzenden des Ausschusses für Jugend, Kultur und Vereine angekreidet wird, dass ich dem Geschichtsverein Anerkennung und Respekt verweigere. Nicht nur das: Unwahrheiten und Verunglimpfungen werden bis in das persönliche Umfeld hineingetragen. Es werden meiner Person Aussagen zugeschrieben, die in irgendwelchen Protokollen nachzulesen sein sollen. Neudeutsch bezeichnet man dies als Alternativwahrheiten. Dem gegenüber gibt sich Kollege Rössler auf Nachfrage in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als einfaches Mitglied des Geschichtsvereins aus, obwohl dies nur die halbe Wahrheit ist. Er ist immerhin der unmittelbare Vorgänger des amtierenden Vorsitzenden, also tatsächlich befangen, zumal er auch die Vertretung des Vereins nach Außen weiterhin wahrnimmt (Quelle: VR 1091, AG DN). Und überhaupt: Mir ist kein Verein bekannt, der derart prominent in die Politik hineinregiert. Wäre nicht schon deshalb Zurückhaltung und Mäßigung angebracht? Mir fehlt auch die Vorstellungskraft, wie es sein kann, dass die beauftragten Vereinsvertreter in Reihen der CDU – Fraktion den Rest im Sinne eines Politbüros auf Linie bringen. Stimmt man doch sonst auch differenziert ab.

Wenn sich der Verein dem öffentlichen Diskurs verschließt und selbst über seine Belange bestimmen will, dann verbietet sich die weitere Förderung durch **öffentliche** Mittel! Auch der Verein, ob er nun will oder nicht, unterliegt der öffentlichen Wahrnehmung und Kontrolle (vgl. § 52 AO zu den Anforderungen der Gemeinnützigkeit im Steuerrecht). Der Zuschuss wird bisher ohne jegliche Bedingung ausgezahlt; auch dies ist ein einmaliger Vorgang.

Dass die Art und Weise der Darstellung zumindest nicht mehr als (zeit) historisch aktuell angesehen werden kann, erscheint unbestritten. Wir sehen nicht zuletzt die Gefahr, dass die in weiten Teilen unkommentierte Zurschaustellung von Relikten des 2. Weltkrieges zunehmend eine Anziehungskraft auf Personen ausübt, die wir alle hier nicht haben möchten. Herr Bürgermeister, es hilft da nicht eine Haltung einzunehmen, die uns beide eint. Diese Haltung muss auch gelebt werden. Ihre Hoffnungen, die Sie in die „Erinnerungs“-Perspektive 2020 setzen, mögen in Erfüllung gehen; wir haben berechtigte Zweifel. Wir warten schon seit Jahren auf Änderungen.

Abschließend:

Der Versuch, sich der notwendigen Sachauseinandersetzung durch persönliche Angriffe zu entziehen, macht betroffen.

Kollege Cranen; die Ausgabe ist haushaltswirksam, unter welcher Bezeichnung auch immer. Daher gehört sie auch in die Haushaltsberatungen.

Wir hätten uns diese Diskussion angesichts der Probleme, welcher der Haushalt seit Jahren bereitet, gerne erspart. Es geht hierbei auch um die grundlegende Frage, wie wir alle es mit der Demokratie halten.

Zurück zu den Zahlen:

Wir müssen leider feststellen, dass der ländliche Raum fortwährend ungerecht behandelt wird. Diesen Schuh müssen sich der Bund und vor allem das Land NRW anziehen. Dort werden kostenträchtige Gesetze ohne Mitwirkung und zu Lasten der Kommunen beschlossen. Diese

Gesetze betreffen insbesondere den Bereich Soziales im weitesten Sinne. Ich kreide hier den überörtlichen Mandatsträgern ein gewisses Maß an Abgehobenheit an. Wer die Musik bestellt, muss diese auch bezahlen und nicht Außenstehende in die Pflicht nehmen. Wir stellen erfreut fest, dass der Bund hier zu Gunsten der Kommunen nachgesteuert. Es stellt sich jedoch die Frage, weshalb er nicht unmittelbar für die Kosten gesamtstaatlicher Aufgaben einsteht und zunächst die klammen Kommunen in Vorleistung gehen müssen?

An dieser Stelle möchte ich nochmals den Bürgern in unserer Gemeinde danken, die sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge einsetzen. Dieses Engagement hätte der „Staat“ so nicht leisten können.

Weitaus bedeutsamer sind die Fehlentwicklungen im Land NRW. Wenn das Wort des SPD Kanzlerkandidaten etwas gilt, dann muss die Landesregierung schleunigst umsteuern.

Die Situation hier vor Ort macht deutlich,

dass die Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger an eine Obergrenze gestoßen ist. Weitere Erhöhungen sind weder zumutbar noch vermittelbar.

Die Ursachen für die kommunale Schieflage liegen in erster Linie nicht hier. Das Land benachteiligt den ländlichen Raum entgegen allen anderslautenden Beteuerungen in einem erheblichen Maße bei den Verteilungsmechanismen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (Stichwort: u.a. Einwohnerveredelung und Soziallastenansatz). So werden die Jecken in Köln mit 142% gewichtet, während der hiesige Jeck mit 100 % für deutlich leichter befunden wird (sog. Hauptansatzstaffel). Die **Schlüsselzuweisungen** verschlechterten sich binnen 10 Jahren von annähernd 2,8 Mill. € auf nur noch 1,2 Mill. € in 2017; dies, obwohl die Aufgaben der Kommunen durch neue Gesetze seitdem ständig angewachsen sind. Man stelle sich vor, wir hätten diese 2,8 Mill. € noch zur Verfügung; dies macht „salopp“ gesagt gut 500 Punkte in der Grundsteuer B, wenn wir in dieser Zeit eine strikte Haushaltsdisziplin gewahrt hätten.

Betrachtet man das wirtschaftliche Wohlergehen unseres Landes in den letzten Jahren und die daraus resultierenden Überschüsse in den Kassen des Bundes und den erfolgreichen Bundesländern wird das Ganze noch unverständlicher.

Aber auch der Kreis Düren stiehlt sich mit wohlfeilen Presseklärungen des Landrates aus der Verantwortung und spielt den Schwarzen Peter in Richtung Land und Bund weiter. Dies ist nur die halbe Wahrheit:

So stellt der Kreis weiterhin im Bereich der freiwilligen Leistungen den Besuch der **Kindertagesstätten** beitragsfrei, obwohl dies schon längst nicht mehr in die Landschaft passt. Dieses „Wohlverhalten“ beschert allein der Gemeinde Hürtgenwald eine Mehrbelastung von jährlich ca. 100 Tsd. €. Ich kann nicht verhehlen, dass mich auch die abweichende Haltung der Genossen im Kreis zu dieser Problematik zutiefst enttäuscht. Bereits dort mangelt es an der nötigen Sensibilität für die Probleme der kreisangehörigen Kommunen. Ich habe dies auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Leider ohne die erhoffte Wirkung.

Um eines klar zu stellen:

Die SPD begrüßt die Beitragsfreistellung an für sich. Wir stören uns jedoch daran, dass diese Landesaufgabe kostenmäßig den Kommunen aufgebürdet wird.

Der Kreis benötigt auch keine hoch dotierten Stellen für einen Klimaschutz- und Breitbandausbaubeauftragten.

Der aktuelle Ansatz für 2017 führte wiederum zu einer weiteren Verschlechterung in der Jugendumlage von 237 Tsd. €. Hinzu kommt eine Nachzahlung von weiteren 89 Tsd. €. Aktuell hat die Gemeinde einen Betrag von ca. 6,14 Mill. € allein an den Kreis abzuführen.

Andererseits hat die Gemeinde in vielen Bereichen ihre Hausaufgaben gemacht, sieht man einmal von den Sünden der Vergangenheit, welche fortwirken, ab. Wie dargelegt, wurden und werden schmerzliche Entscheidungen getroffen.

Der im letzten Jahr angestrebte Haushaltsausgleich für 2018 wird sich möglicherweise verschieben. Mit einer Entschuldung im Bereich der kurzfristigen Kassenkredite wird man ggf. erst ein Jahr später beginnen können unter der Voraussetzung, dass keine weiteren Verschlechterungen eintreten.

Die aktuelle Steigerung bei der Abgabenbelastung der Bürger konnte nur dadurch begrenzt werden, dass die Gemeinde weitere **Einsparungen in Höhe von 305 Tsd. €**, davon allein in der Straßenunterhaltung von bis zu 150 Tsd. €, vorgenommen hat. Dies kann nicht über Jahre wiederholt werden, zumal damit die Gefahr einer unwiederbringlichen Substanzvernichtung einhergeht.

Daher sind auch andere gefordert; auch und gerade der Kreis Düren.

Die SPD – Fraktion hat daher den Antrag eingebracht, hinsichtlich der vom Kreis abverlangten „**Kreisumlage**“ eine Kürzung von zunächst 1 Promille (ca. 6200 €) vorzunehmen und deren Abführung zu verweigern.

Dieser Akt der Notwehr ist erforderlich, geboten und gerechtfertigt, um all denjenigen, die im Kreis Verantwortung tragen, zu einer Umkehr der bisherigen Politik zum Nachteil der kreisangehörigen Kommunen zu zwingen.

Alles gute Zureden, welches nun schon seit Jahren andauert, insbesondere auch von Seiten der kreisangehörigen Bürgermeister, hat erkennbar nicht zu einem Umdenken beim Kreis geführt.

Wenn die Gemeinde bei einem Gesamtvolumen von 21 Mill. € gerade einmal über einen Betrag von noch 308 Tsd. € frei verfügen kann und darf, kann man wohl kaum noch von einer auskömmlichen Finanzausstattung sprechen.

Der Kreis muss sich der wirtschaftlichen Situation seiner ihm anvertrauten Gemeinden anpassen. Die ständige Erhöhung der kommunalen Abgabenlast ist den Bürgern gerade auch in der Gemeinde Hürtgenwald nicht länger zuzumuten. Sie zerstört auf Dauer die Grundlagen unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens vor Ort.

Wir wollen damit ein unübersehbares Zeichen für einen gerechten Finanzausgleich innerhalb der staatlichen Ebenen setzen. Dieser ist gerade auch in NRW dringend notwendig. Die unterste Ebene in unserem Gemeinwesen benötigt endlich eine faire und auskömmliche Finanzausstattung. Ich freue mich, dass die CDU – Fraktion diesen Antrag unterstützt.

Mit der SPD sind weitere Erhöhungen in der allgemeinen Abgabenbelastung daher nicht zu machen!

Erlauben Sie mir abschließend die folgenden Gedanken, die mir am Herzen liegen:

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass Transparenz und der Dialog mit dem Bürger notwendig und wichtig sind. Eine Politik von oben herab kann nicht unser Anspruch sein. Sind wir doch auch Nachbarn, Vereinsmitglieder und Menschen vor Ort.

Deshalb wurde nicht zuletzt auf unser Betreiben im Vorfeld der Haushaltverabschiedung 2017 zu einer Bürgerversammlung eingeladen, in der die aktuellen Entwicklungen aufgezeigt und der Gang der Beratungen nachgezeichnet werden sollten. Ich begrüße es außerordentlich, dass viele Bürger dieser Einladung gefolgt sind. Und ich erhoffe mir: Es werden Jahr für Jahr mehr, die sich über den Tag hinaus für unser Gemeinwesen interessieren. Ich werbe daher dafür, den

Austausch mit den Bürgern zu intensivieren. Ich möchte die Bürger ausdrücklich dazu ermuntern uns Vorschläge zu machen, wie wir unsere Situation verbessern können.

Meine Damen und Herren, die (Parteien)Demokratie befinden sich in einer tiefen Krise.

Die Gründe hierfür sind vielfältiger Natur. Ganz offensichtlich finden diejenigen zunehmend Gehör, die auf komplizierte Fragen einfache Antworten haben.

Als Rezept gegen diese Vertrauenskrise und der auch hier vor Ort wahrnehmbaren Entfremdung zwischen denjenigen die Politik machen und Teilen der Bevölkerung empfehle ich eine klare Sprache, welche frei ist von übertriebenen Erwartungen. Es gilt die Probleme zu benennen. Die sog. political correctness hat der Demokratie geschadet. Diese Fehlentwicklung hat rechtes Gedankengut und damit der Intoleranz nicht unmaßgeblich den Weg geebnet. Ich würde mir wünschen, dass die politischen Eliten dies verstanden haben.

Und hier:

Sowohl in und außerhalb des Rates darf die Achtung vor dem Mitmenschen nicht zur Disposition stehen.

Einige wenige haben im vergangenen Jahr in dieser Hinsicht so manche unrühmliche Schlagzeile produziert.

Ich bin ein Anhänger einer kritischen und wenn angebracht, auch harten Sachauseinandersetzung. Beim Ringen um den besten Weg müssen gerade auch politisch handelnde Menschen einiges aushalten können. Wenn allerdings Achtung, Toleranz, die Meinungsfreiheit missachtet und die persönliche Integrität durch Verunglimpfungen, Herabwürdigungen und Beleidigungen diskreditiert werden, hört bei mir jegliches Verständnis für das Verhalten erwachsener Menschen auf. Dies geht weitaus tiefer als die auch im Raume stehende strafrechtliche Relevanz. Es werden vielmehr die Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens in Frage gestellt.

Wenn Kinder dazu angehalten werden, nicht mit Kindern des Nachbarortes zu reden oder mit unhaltbaren Parolen plakatiert werden, dann laufen da Dinge grundlegend falsch! Ist den Eltern bewusst welches Vorbild sie abgeben? Dies kann nicht in unser aller Interesse sein.

Deshalb appelliere ich an alle innerhalb und außerhalb dieses Ortes diesen Fehlentwicklungen mit Nachdruck entgegen zu treten und diese zu ächten.

Ich danke Ihnen Herr Bürgermeister auch im Namen der SPD Fraktion ausdrücklich dafür, dass sie für diese unschönen Dinge sehr deutliche Worte gefunden haben.

*Die Würde des Menschen sollte uns allen ein hohes Gut und unantastbar sein und auch bleiben. Dies ist der Kitt, der unser Gemeinwesen zusammenhält. Gerade in diesen unruhigen Zeiten, in denen Vereinfachungen wieder gesellschaftsfähig zu werden scheinen, müssen wir alle mit Mut und Entschlossenheit unsere freiheitliche Grundordnung mit Nachdruck verteidigen. Dies ist die Aufgabe **Aller** und nicht nur die der politisch Handelnden.*

Abschließend:

Wir werden, wenn auch schweren Herzens, dem Haushalt 2017 erkennbar nicht die Zustimmung verweigern und den Begleitbeschlüssen in der Hoffnung auf eine breite Mehrheit differenziert zustimmen. Ich würde mir wünschen, dass ich in 3 Jahren mit der Bemerkung vor Ihnen treten kann, wir haben Wort gehalten. Bleiben wir zuversichtlich.